

Christian Kroll/Sergio Grassi

### Impulse aus der internationalen Fortschrittsdebatte

*Die zunehmend an Bedeutung gewinnende, internationale Fortschrittsdebatte bietet allen politischen Parteien die Chance zur Profilschärfung: Anhand von Indikatoren des gesellschaftlichen Wohlergehens können sie ein neues übergeordnetes Narrativ formulieren und gleichzeitig den Markenkern ihrer Politik präzise kommunizieren. Dies gilt natürlich auch für die deutsche Sozialdemokratie, die im Vorfeld ihres Parteitags demonstrieren wollte, dass sie für die Verwirklichung von Fortschritt, Gerechtigkeit und Lebensqualität eintritt. Zwei Studien greifen diese Thematik auf und machen einen Vorschlag für ein »sozialdemokratisches Indikatorensystem«.*

#### Christian Kroll



(\* 1981) forscht an der London School of Economics über Happiness, Sozialkapital und Lebensqualität. Er ist außerdem Mitglied des britischen Expertengremiums zur Messung des nationalen Wohlergehens, der Technical Advisory Group.

c.kroll@lse.ac.uk

#### Sergio Grassi



(\* 1979) arbeitet im Referat Internationale Politikanalyse der FES und ist dort u.a. für das Thema alternative Wachstumsbegriffe und Wohlstandsmessungen zuständig. Zuvor war er vier Jahre lang im Büro Peking der FES tätig.

sergio.grassi@fes.de

teilung und der Nachhaltigkeit, das Bildungs- und Gesundheitsniveau, politische Partizipationsmöglichkeiten, soziale Beziehungen sowie Zufriedenheit werden bei der Berechnung des BIP nämlich genauso wenig berücksichtigt wie eine Reihe außerhalb des Marktes erbrachter Leistungen (Hausarbeit, Nachbarschaftshilfe, Kindererziehung, ehrenamtliches Engagement). Für das individuelle wie das gesellschaftliche Wohlergehen spielen sie jedoch unbestritten eine wichtige Rolle.

#### Wohlergehen als Maßstab

In vielen Ländern wird daher wieder intensiv über die Frage diskutiert, was das Leben lebenswert macht, wie man Lebensqualität messen kann und wie die Politik ihr Handeln danach ausrichten könnte. Besonders prominent präsentierte zuletzt die vom französischen Präsidenten eingesetzte *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* (Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission) eine Zusammenfassung der wirtschaftspolitischen Kritikpunkte bei der Verwendung des BIP. Im Ergebnis rät die Kommission, »to shift em-

**M**it dem Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise geht weltweit eine wachsende Skepsis gegenüber dem bisherigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell einher, die sich in der Forderung nach einem neuen wirtschaftspolitischen Denken widerspiegelt. Die Kritik lenkt den Blick auch darauf, dass das politische Handeln vor der Krise nach rein ökonomischen und zudem unzulänglichen Maßzahlen wie dem BIP ausgerichtet war. Aspekte der Ver-

*phasis from measuring economic production to measuring people's well-being*«. Mit hoher Wahrscheinlichkeit würden nämlich ganz andere Entscheidungen getroffen werden, wenn das Wohlergehen der Menschen zum zentralen Leitfaden des wirtschaftspolitischen Handelns gemacht und dies anhand von Messungen auch regelmäßig überprüft würde. So schreibt die Stiglitz-Kommission in ihrem Abschlussbericht in Bezug auf Indikatoren und politisches Handeln: »*What we measure affects what we do*«. Im Leittrag zum SPD-Bundesparteitag 2011 »Neuer Fortschritt: Für den Wert der Arbeit und ein besseres Leben« heißt es im gleichen Tenor: »Es ist daher an der Zeit, die Lebensqualität aller Menschen zum Maßstab der Politik in Deutschland zu machen.«

Die FES-Studie »Wie wollen wir zukünftig leben? Internationale Erfahrungen bei der Neuvermessung von Fortschritt und Wohlergehen« (abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08511.pdf>) knüpft an diese Überlegungen an und analysiert den zunehmend an Bedeutung gewinnenden Diskurs über die Neuvermessung von Fortschritt und Wohlergehen im internationalen Vergleich. Anhand prominenter Fallstudien wird aufgezeigt, wie derzeit in zahlreichen Ländern nationale Tische neue Indikatoren zur Messung des Wohlergehens diskutieren, während auf die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« rekurriert wird. Neben der Identifizierung von Best Practice-Beispielen für den deutschen Diskurs widmet sich die Studie auch der Fragestellung, welche derzeit international diskutierten Indikatoren für nationales Wohlergehen politisch wie gesellschaftlich akzeptiert, robust und relevant genug sein könnten, um als zukünftige Referenzwerte zu fungieren.

Konsens herrscht demnach in den allermeisten untersuchten Ländern darüber, dass den in der Vergangenheit präferierten objektiven Indikatoren der Lebensqualität

zunehmend subjektive Maßzahlen als zumindest gleichwertig zur Seite gestellt werden müssen. So wird auch im Stiglitz-Bericht gefordert, nicht länger nur äußerlich zu beschreiben, wie die Lebensumstände der Bürger sich entwickeln, sondern auch inwiefern die Menschen zufrieden und glücklich damit sind. Auch in Großbritannien zeichnet sich derzeit ab, dass die vom britischen Premier eingesetzte Initiative zur Neuvermessung des Nationalen Wohlergehens das »individual well-being« zum Kern des neuen Indikatorensystems machen wird.

Große Unterschiede zwischen den in der Studie porträtierten Fallstudien finden sich jedoch in der Frage, inwieweit die Öffentlichkeit in die Selektion von Indikatoren des nationalen Wohlergehens eingebunden wird. Während sich einige Länder dafür entschieden haben, diese Selektion einzig und allein durch Expertenrunden durchführen zu lassen, haben beispielsweise das Vereinigte Königreich, Italien und Australien ergänzend dazu systematische Konsultationsprozesse durchgeführt bzw. tun dies gegenwärtig noch.

Während der Diskurs bislang von den westlichen Industrieländern dominiert wird und sich in vielerlei Hinsicht ein Vergleich zwischen diesen anbietet, weist die Studie zu Recht darauf hin, dass Diskurse über Lebensqualität und Nachhaltigkeit glücklicherweise mit zunehmender Intensität auch in Schwellen- und Entwicklungsländern geführt werden, um erfolgreiche Entwicklungsstrategien jenseits der einseitigen Steigerung des BIP zu entwickeln. Denn insbesondere von den so genannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) wird zukünftig entscheidend abhängen, inwiefern Diskurse um Lebensqualität und Nachhaltigkeit weltweit erfolgreich und relevant sind, insbesondere angesichts grenzüberschreitender Herausforderungen wie dem Klimawandel.

Um einen in vielen Ländern auftretenden Konflikt zu entschärfen, macht die

Studie einen Kompromissvorschlag bezüglich der Frage der Indikatoren-Aufbereitung (Dashboard vs. Index). So wird für ein kleines Dashboard mit den zentralen Dimensionen des Wohlergehens plädiert, die eine Gesellschaft als Ergebnis eines Konsultationsprozesses für wichtig erachtet. Um gleichzeitig den positiven Aufmerksamkeitseffekt eines einfacher zu vermittelnden Indexes nicht zu verlieren, sollte ein solcher – bestehend aus den Elementen des Dashboards – ebenfalls erstellt werden. Dabei wird die Gewichtung der Elemente von relevanten Stakeholdern an einem Runden Tisch einmal ausgehandelt und könnte dann alle fünf Jahre den ggf. veränderten gesellschaftlichen Prioritäten angepasst werden. Um die jeweiligen Vorteile der beiden Ansätze in der Kommunikationsstrategie geschickt zu nutzen, könnte der Indexwert monatlich veröffentlicht werden, wobei abwechselnd ein Element des ihm zu Grunde liegenden Dashboards zentral dargestellt und analysiert wird, so der Vorschlag.

### **Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse stärken**

Entscheidend wird in Zukunft allerdings sein, dass die neuen Indikatorensysteme auch eine zentrale Rolle im politischen Entscheidungsprozess einnehmen. Dieser Appell ist vor allem deshalb berechtigt, weil es bereits heute eine Flut an Sozialindikatoren gibt, die zwar punktuell für jeweilige Interessengruppen interessant sind, aber bislang nicht die allgemeine Durchschlagskraft des BIP erlangt haben. Deshalb sollten die Indikatorensysteme zukünftig an prominenter Stelle in der Sozialberichterstattung verankert werden, einer breiten Öffentlichkeit leicht zugänglich gemacht und mit einer durchdachten Kommunikationsstrategie in die nationalen politischen Debatten eingespeist werden. Der von Gert G. Wagner vorgeschlagene »Sachverständi-

genrat für Fragen der nachhaltigen Lebensqualität« im Bundeskanzleramt wäre eine mögliche Option. Solch ein Gremium könnte außerdem eine Gesetzesfolgenabschätzung zu den zentralen Indikatoren der Lebensqualität vornehmen und die Effekte von Politikmaßnahmen entsprechend evaluieren. Darüber hinaus sollte zukünftig idealerweise eine jährlich stattfindende indikatorenbasierte »*State of the Union*-Rede« des Regierungschefs, jenseits von allgemein gehaltenen Erklärungen, konkret zu den Entwicklungen im Indikatorensystem Stellung nehmen. Dies würde politischen Entscheidern die Chance geben, gezielt zu skizzieren, wie sie auf die dabei identifizierten gesellschaftlichen Herausforderungen reagieren wollen.

Die Bürger wiederum könnten sich über die Vorstellung der Ergebnisse zielgenauer über den Fortschritt in ihrem Land informieren und die Politik ergebnisorientiert bewerten. Mögliche Folge der neuen Indikatorensysteme, wenn sie denn an relevanter Stelle installiert werden, ist also nicht weniger als eine Neuausrichtung der Politik nach den zu Tage gebrachten Informationen.

In einem an die Studie anknüpfenden FES-Policy Paper »Die Neuermessung von Fortschritt und Wohlergehen: Eine Chance für Politische Parteien?« (abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08512.pdf>) wird resümiert, dass die Frage der Indikatoren zugleich die Frage nach der Identität einer jeden Partei ist. Der Diskurs über alternative Wohlstandsmessung bietet allen politischen Parteien somit die Möglichkeit, ein neues übergeordnetes Narrativ ihrer Politik zu entwickeln, das sich in den festgelegten Indikatoren als Referenzgrößen widerspiegelt. Im besten Fall könnten die Parteien damit ihr Profil wieder schärfen und der gesamte Politikbetrieb wieder attraktiver werden. So haben die zugänglichen Themen des aktuellen Diskurses das Potenzial, dem Politikverdross entgegen zu wirken und wieder mehr Menschen für

Fragen des Zusammenlebens zu begeistern, nach dem Motto: »Was ist für uns gesellschaftliches Wohlergehen, und woran wollen wir Fortschritt bemessen?« Die für Sozialdemokraten wichtige Anschlussfrage an den Stiglitz-Bericht lautet also: *What does social democracy want to »get done«?* Wofür steht die Sozialdemokratie? Welche Resultate sind ihr am Wichtigsten? Ihr Markenkern besteht wohl am ehesten in der sozialen Gerechtigkeit und Mobilität. So heißt es in einem anderen Leitartikel zum SPD-Bundesparteitag 2011:« [...] die faire[n] Chance[n] auf gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung und eigene Leistung müssen für alle Menschen gleichermaßen gelten – unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft, von Geschlecht oder Alter, sexueller Orientierung, Religion oder Weltanschauung. »Eine Philosophie, bei der sich viele entsprechende Schnittmengen finden, ist der »capabilities-Ansatz« des Nobelpreisträgers Amartya Sen. Nach Sen sollte Politik für die Bürger entsprechende Lebensumstände herstellen, damit diese über die bestmöglichen »Verwirklichungschancen« (*capabilities*) verfügen,

um ihr Leben eigenverantwortlich und erfolgreich zu gestalten.

In diesem Sinne wird in dem Policy Paper ein sozialdemokratisches Indikatorensystem vorgeschlagen, welches den Markenkern der Sozialdemokratie griffig zu kommunizieren vermag und nicht auf nationale Grenzen beschränkt bleiben muss. Hierzu gehören primär: (1) die Einkommensverteilung als Indikator für soziale Gerechtigkeit, (2) die Aufstiegschancen innerhalb einer Gesellschaft als Ausdruck von sozialer Mobilität, (3) das Median-Haushaltseinkommen als Maßzahl der finanziellen Ressourcen, (4) sowie der Zugang zu Sinn stiftender Arbeit als Quelle von Selbstverwirklichung und gesellschaftlicher Teilhabe. Ergänzt wird solch ein »Prioritäten-Dashboard« durch Maßzahlen aus dem Bereich Umwelt, gesellschaftlicher Teilhabe, Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Gleichstellung, Integration sowie dem subjektiven Wohlergehen der Menschen. Wohlgermerkt soll dieser Vorschlag nicht der Endpunkt, sondern der Beginn einer wichtigen Debatte über die Kernziele sozialdemokratischer Politik sein. ■

Barbara Stiegler

## Pflegen in der Krise – Einsichten aus der Geschlechterperspektive

*Das Jahr 2011 wurde von der Regierung zum Jahr der Pflege ausgerufen, aber außer dieser Ankündigung hat sie nichts entschieden, was die Krise im Pflegesystem wenigstens eingrenzen könnte. Ein feministischer Blick auf die Pflegearbeit kann einen Weg aufzeigen.*

Die Krise im Pflegesystem wird oft mit dem demografischen Wandel erklärt: In Zukunft würde es immer mehr pflegebedürftige Menschen geben und immer weniger Jüngere, die sie pflegten. Die Kosten würden bei einer immer geringer werdenden Anzahl von Beitragszahlenden ansteigen. Dies ist aber nur ein Teil der Wahr-



**Barbara Stiegler**

ist bis 1.12.2011 Leiterin des Arbeitsbereiches Frauen- und Geschlechterforschung in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES.

[www.stiegler-barbara.de](http://www.stiegler-barbara.de)